

Rettet unsere Stadt im Grünen

Die ELF Bürgerinitiativen

Bürgergemeinschaft Alt-Frankenforst e. V.
Interessengemeinschaft Bensberg-Süd
Bürgerinitiative Wohnstadt Bensberg
Bürgerinitiative „Hände weg vom Bahndamm“
Bürgerinitiative „Pro Saaler Mühle“
Bürgerinitiative Neu-Frankenforst
Bürgerinitiative „Pro Bahndamm/Contra Straße“
Bürgerinitiative Frankenforst West
Bürgergemeinschaft Bergisch Gladbach Raum Lückeraht
Siedlergemeinschaft Lückeraht
1. Gronauer Verkehrsinitiative

Die ELF Bürgerinitiativen Parkstr. 40 51427 Bergisch Gladbach

Herrn Minister Oliver Wittke
Ministerium für Bauen und Verkehr
Elisabethstr. 5-11

40217 Düsseldorf

27. Februar 2006

Sehr geehrter Herr Minister,

Sie kommen am kommenden Mittwoch nach **Bergisch Gladbach**, und die CDU-Befürworter des sog. Autobahnzubringers bauen in der Presse bereits Druck auf Sie als "ihren" Minister auf, von dem sie am "politischen Aschermittwoch" klare Aussagen erwarten, natürlich in ihrem Sinn.

Als Sprecherin der 11 Bürgerinitiativen habe ich Ihnen bereits in bewußt deutlicher Sprache die eigentliche Zielsetzung, die Folgen für die Bürger dieser Stadt und die manipulativen Vorgänge in der Verwaltung dargestellt.

Mit diesem Schreiben möchte ich Ihnen weitere, eher rechtlich betonte Informationen vermitteln und vorweg gegen die Art und Weise wie in dieser Angelegenheit, auch seitens Ihres Ministeriums verfahren wird, auf das Schärfste protestieren.

Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die im Hintergrund laufenden Aktivitäten offensichtlich nur durch Indiskretionen des Bürgermeisters in die Öffentlichkeit gelangt sind. Wie anders kann ansonsten das im 'Kölner Stadtanzeiger' vom 3.2.06 wiedergegebene Zitat des CDU-Landtagsabgeordneten und Mitglieds im Regionalrat Köln, Rainer Deppe, verstanden werden:

"Der Bürgermeister von Bergisch Gladbach hat die Information viel zu früh nach draußen gegeben – das ist schädlich für das Projekt".

Insoweit müßte man dem Bürgermeister für dessen Indiskretion ja sogar noch dankbar sein, da hierdurch die Möglichkeit eröffnet wird, noch rechtzeitig vor der entscheidenden Landtagssitzung die Hintergründe "dieses Projektes" in Erfahrung zu bringen und die von den handelnden Einzelpersonen trickreich gesteuerte Entscheidung zu verhindern.

Tatsache ist, daß sich auf örtlicher Ebene im Rat der Stadt Bergisch Gladbach bislang nur eine "dünne" Mehrheit für eine Autobahnbindung über den Bahndamm ausgesprochen hat, allerdings nur unter der eindeutig formulierten Voraussetzung, daß diese Straße in Tunnelführung gebaut wird.

Diesem Ratswillen läuft die jetzt vom Regionalrat beschlossene Trasse zuwider:

- eine Tunnelbauweise ist nicht mehr geplant,
- die jetzt vorgesehene Straße zwischen der Querspange und der Mülheimer Straße unter Einbeziehung des Bahnübergangs "Tannenbergsstraße" ist im Rat der Stadt noch nie Gegenstand einer Beschlußfassung gewesen,
- die jetzige Straße wird als so bezeichnete "Autobahnanbindung" überhaupt keinen Anschluß an die Autobahn erhalten, sondern als innerstädtische Verbindungsstraße auf der Kölner Straße, ebenfalls einer innerstädtischen Straße, enden.

Hier wird deutlich, daß das Land ohne politischen Auftrag der betroffenen Kommune für die jetzt beschlossene Straßenführung eine Landesförderung bereitstellen soll/will. **Zivilrechtlich spricht man in solchen Fällen von einer aufgedrängten Bereicherung.**

Aber welches Interesse verfolgt nun das Land mit dieser Vorgehensweise? Eine Beantwortung dieser Frage in der Öffentlichkeit müßte für Sie als verantwortlichem Minister eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein.

Fest steht, daß hierdurch die Planungshoheit der Stadt Bergisch Gladbach sowie die Zuständigkeiten des Stadtrates in eklatanter Weise verletzt werden. Es ist nicht Aufgabe des Landes, durch eigenes Handeln die von wenigen Personen vor Ort gewünschte Entscheidung an Stelle des zuständigen Rates zu treffen bzw. eine solche durch das In-Aussichtstellen einer Förderung zu beeinflussen.

Es ist allein Aufgabe des von den Einwohnern der Stadt Bergisch Gladbach gewählten Stadtrates eine Meinungsbildung herbeizuführen und sich im Anschluß daran um eine Finanzierung zu bemühen.

Aufgabe des Landes ist es allein, die gewünschten Straßenbauprojekte aus dem gesamten Bundesland auf ihre regionale und überregionale Bedeutung zu überprüfen und bei festgestellter Sinnhaftigkeit des jeweiligen Straßenbauvorhabens den Einsatz der Steuergelder sorgfältig abzuwägen.

Es ist aber nicht Aufgabe des Landes, die Landesmittel/Steuergelder einzelnen Kommunen "hinterher zu tragen". Wenn es keine ausreichenden geeigneten bzw. finanzierbaren Projekte irgendwo im Land NRW geben sollte, dann hat das Land im Interesse eines verantwortungsvollen Umganges mit den Steuergeldern auch schon in der Finanzplanung von einer Neuverschuldung Abstand zu nehmen. Dies gilt erst recht angesichts der angespannten Finanzlage auch des Landes.

Hier besteht darüber hinaus eine besondere Verantwortung des Landes gegenüber der Stadt Bergisch Gladbach, die angesichts des jetzt bevorstehenden Geldsegens aus Düsseldorf Personalressourcen für die Planung dieser Straße binden wird und angesichts der geologischen Gegebenheiten hohe Summen für Gutachten und nicht zuletzt für Gerichtsverfahren aufwenden muß. Dies alles wohlwissend, daß die Stadt Bergisch Gladbach hochverschuldet ist und einen Nothaushalt fahren muß – ohne jegliche Hoffnung auf einen Ausgleich im Konsolidierungszeitraum, ganz zu schweigen von den auflaufenden Fehlbeträgen.

Wie verträgt sich die jetzt angestrebte Finanzierungszusage durch den Landtag mit den – ebenfalls vom Land vorgegebenen – Sparvorgaben an Kommunen im Nothaushalt?

Wie verträgt sich eine solche Finanzierungszusage durch den Landtag mit einer ausgleichenden, das ganze Land gleich behandelnden Politik, wenn andernorts wirklich entlastende, nachhaltige und damit förderungswürdige Straßenbauvorhaben hierdurch das endgültige "Aus" erfahren.

Die vom Landtag durch den Regionalrat geforderte Entscheidung betrifft somit nicht mehr allein Ihr Ministerium. Die durch Ihr Haus mit geprägte Beschlußfassung im Regionalrat tangiert vielmehr auch die Zuständigkeiten des Finanzministers, der die Verantwortung für den Gesamthaushalt des Landes und den sachgerechten Umgang mit Steuergeldern trägt. Aber auch die Zuständigkeit des Innenministers ist gegeben, der darüber zu wachen hat, daß die Kommunen im Nothaushalt nicht über ihre Verhältnisse leben.

Die Dimension des hier in Rede stehenden Sachverhaltes wird deutlich, wenn man sich die bereits von der Stadt Bergisch Gladbach eingeholten Gutachten vor Augen führt, wonach nämlich eine Straße über den Bahndamm zu keiner signifikanten Entlastung der anderen Hauptverkehrsstraßen führen würde.

Bedenkt man dann noch, daß die Kosten für diesen ersten Bauabschnitt nicht annähernd korrekt ermittelt worden sind, demzufolge weit höhere Kosten auf das Land zukämen als die jetzt eingesetzten 16, 5 Mio. € für eine innerstädtische Straße als Autobahnanschluß **ohne Anschluß an die Autobahn**, dann wird nicht nur die Dimension der Angelegenheit deutlich, sondern auch die Auswirkungen auf die nachfolgende Generation, die neben den stadtbildzerstörenden auch die finanziellen Konsequenzen wird tragen müssen.

Erst kürzlich wurde das mit Steuermitteln gebaute Brückenbauwerk an der A4 im Bereich des Merheimer Kreuzes wiederum mit Steuermitteln abgerissen, ohne jemals seiner ursprünglichen Bestimmung zugeführt worden zu sein. Dies müßte doch ein hinreichend abschreckendes Beispiel für Steuerverschwendung sein, was Sie von der geplanten Beschlußfassung im Landtag abhalten müßte.

Sehr geehrter Herr Minister, es ist zu hoffen, daß Sie sich kritisch und ohne sich von einigen Vertretern aus der Stadt Bergisch Gladbach, aber auch aus Köln, beeinflussen zu lassen, die Angelegenheit prüfen und hier ein Verfahren stoppen, solange nicht seitens der zuständigen Gebietskörperschaft eine abschließende Meinungsbildung erfolgt ist. Respektieren Sie die demokratischen Rechte aller Einwohner der Stadt Bergisch Gladbach.

Bitte überprüfen Sie aber auch, warum Ihr Ministerium eine Autobahnanbindung unmittelbar an das Merheimer Kreuz ersatzlos aus der bisherigen Prioritätenliste wieder herausgenommen hat, obwohl dieses Projekt von Ihrem Ministerium selbst eine hohe Bewertung mit 4,53 Punkten erhalten hat. Eine Wertigkeit, die noch über die Bewertung des strittigen 1. Bauabschnittes über den Bahndamm hinausgeht und deutlich macht, daß diese Trasse neben einem direkten Autobahnanschluß tatsächlich Entlastungswirkung sowohl für die Stadt Bergisch Gladbach, aber auch für die Kölner Stadtteile Dellbrück und Holweide hätte.

Blatt 4 zum Schreiben vom 27.2.06 an Minister Wittke

Bitte geben Sie den betroffenen Bürgern durch eine objektive Überprüfung der Vorgänge das Vertrauen in eine sachlich orientierte Politik zurück. Oder sollte die Presseberichterstattung im 'Kölner Stadtanzeiger' vom 11./12.2.06 doch zutreffen sein, wonach es nur darauf ankommt, daß das Projekt zur Zeit "in Düsseldorf gute Karten" hat?!

Wenn Sie am Mittwoch einen kleinen, nur wenige Minuten dauernden Abstecher an den Ort des Geschehens machen könnten (Parkstr. 40), damit wir uns das "Objekt der Begierde" kurz anschauen, würde ich mich sehr freuen.

Besten Dank und freundliche Grüße,

Liane Schneider